

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreise monatlich (mit Post 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 18694, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schulzeitung: Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenends 4-6 Uhr / außer Dienstag u. Donnerstag

Anzeigenpreis: Die normal gebaltene Monatszeitspaltzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Restzeitspaltzeile an den dreispaltigen Teil einer Zeitspaltzeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Stellung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Mittwoch, den 5. Oktober 1927

Nummer 233

Niedner ohne Angeklagte

Der Monsterprozess gegen die Zentrale der KPD vertagt / Aufstand in Mexiko / Diskontierung bei der Reichsbank / Neuer Börsentrach / Teuerungswelle und Verschärfung der Wirtschaftskrise / Frankreich treibt zum Bruch mit Russland

Vertagung in Leipzig

Leipzig, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Reichsgericht in Leipzig sollte heute vormittag der Prozess gegen die KPD-Zentrale beginnen. Als Präsident Friedrich die Namen der Angeklagten aufrief, stellte es sich heraus, daß sämtliche Angeklagten nicht zur Verhandlung erschienen waren. Nur ihre Rechtsanwälte Obuch, Herzfeld, Justizrat Kränzel und Rechtsanwalt Riechle waren anwesend. Genosse Obuch gab zu dem Richterhören der Angeklagten eine längere Erklärung ab, die diesen Tendenzprozess entsprechend kennzeichnete, und erklärte das Fernbleiben der Angeklagten politisch, juristisch und moralisch in jeder Beziehung gerechtfertigt. Oberrechtsanwalt Werner mußte zugestehen, daß die Anwesenheit des Prozesses insofern verfehlt war, als der Reichstag seinerzeit selbst bestimmt habe, daß der Prozess nur in den verhandlungsreifen Sommermonaten des Reichstages durchgeführt werden dürfe. Das Richterhören der Angeklagten sei eine Demonstration gegen das Reichsgericht. Die Angeklagten Lindau und Schumann, die nicht durch Immunität geschützt sind, beantragte er zur nächsten Sitzung vorführen zu lassen. Im übrigen wolle er keine Substantia stellen.

Der zornige Niedner

Niedner kündigt Zwangsmassnahmen gegen die Angeklagten an
Leipzig, 5. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Niedner verkündete gestern am Schluß der Verhandlungen folgende Beschlüsse des Reichsgerichts: 1. Die Hauptverhandlung wird bis auf weiteres vertagt. 2. Die Anberaumung eines weiteren Hauptverhandlungstermins wird erst erfolgen, wenn die Durchführung des Prozesses mit allen zu Gebote liegenden Zwangsmassnahmen gesichert ist, und zwar auch außerhalb der Ferienzeit des Reichstages. 3. Die Vorführung der beiden Angeklagten Lindau und Schumann für diesen Termin wird angeordnet. Mit zorniger Stimme schrie Niedner: „Der Bestand der deutschen Republik ist begründet auf der Durchführung des Rechts. Ein Staat, der diesen Grundpfeiler nicht beachtet, gibt sich selbst auf. In Erkenntnis dieses fundamentalen Grundpfeilers hat das Reichsgericht alles getan, um diesen Prozess, dessen Ausgang von unermeßlicher Bedeutung ist, nunmehr endlich durchzuführen.“

Das oberste Gericht, das die Republik der Trustherren gegen die proletarischen Revolutionäre errichtet hat, das Niednergericht in Leipzig, hat sich eine schwere Schlappe geholt. Der seit Jahren mit beispiellosem Aufwand gegen die Mitglieder der KPD-Zentrale des Jahres 1923 vorbereitete Monsterprozess mußte vorläufig vertagt werden. Unsere Parteiführung hat die Angeklagten aufgefordert, vor den Klassengerichten nicht zu erscheinen. In einem Aufruf, der vor der proletarischen Öffentlichkeit die politischen Absichten der Prozessanberaumung überhaupt und insbesondere im gegenwärtigen Augenblick aufzeigt, hat unsere Parteiführung neuerdings die volle politische Verantwortung für die revolutionäre Bewegung des Jahres 1923 übernommen, aber sie hat es abgelehnt, ihren Mitgliedern zu erlauben, sich vor dem Klassengericht zu verantworten. Jeder Arbeiter versteht, daß unsere Parteiführung so und nur so handeln konnte. Solange wir über eine legale Presse, über Parlamentaristritzen verfügen, wie es gegenwärtig der Fall ist, wäre es unverantwortlich von der revolutionären Partei, auch nur eines ihrer Mitglieder freiwillig der Henkerjustiz auszuliefern. Auch die sichere Erwartung, daß die Auftraggeber der Klassengerichte und die bürgerliche Presse im Verein natürlich mit der sozialdemokratischen Presse versuchen würden, das Richterhören der Kommunistenführer vor dem Henkerjerk demagogisch auszunutzen, konnte die Parteiführung von dem richtigen Beschluß nicht abdrängen. Sie hat darauf vertraut, daß in der deutschen Arbeiterklasse weit über ihre Reihen hinaus Klarheit darüber besteht, was in Leipzig beabsichtigt war. Und dieses Vertrauen ist schon jetzt gerechtfertigt worden. Das ergibt sich schon aus den ersten Kommentaren in der sozialdemokratischen Presse, die es nicht wagt, offen die „wissenslose Führung“ anzugreifen, die sich von der Verantwortung drückt, während die armen Teufel, von ihr verführt, im Gefängnis sitzen müssen“. Das beweist, wie unmöglich es ist, den deutschen Arbeitern eine Komödie der Verantwortlichkeit vorzuspielen, um in Wirklichkeit ihre revolutionäre Führung zu diskreditieren.

Der Reichsanwalt Werner hat gestern in seiner Mut über den entscheidenden Braten die Absichten des Reichsgerichts am besten enthüllt, als er selbst das Stich-

wort zum Diskreditierungsversuch gegen die revolutionäre Partei ausgab, als er sagte: „Es ginge allerdings nicht an, daß die, die die Drahtzieher waren, nicht verurteilt würden, nur weil sie Abgeordnete sind, während andere zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt würden.“ Diesem Versuch kann man nur dankbar sein für die Plumpheit, mit der er seinen Auftraggebern ins Handwerk pflücht. Ausgerechnet der Reichsanwalt, werden die Arbeiter sagen, der unseren Klassenbrüder tausende Zuchthausjahre aufgedrückt hat, soll es wagen, die revolutionäre Partei zu diskreditieren und mit seiner bisherigen Tätigkeit die Notwendigkeit, neue Opfer ans Messer zu liefern, zu begründen.

So ausfallslos ist dieser Versuch, daß selbst ein Zentralorgan der Reichsgerichtsbarkeit, wie der Vorwärts, von einer „Blamage“ des Niednergerichts sprechen muß. Selbst der Vorwärts ist gezwungen, die Einstellung des Prozesses, die Freilassung der noch hinter Kerkermauern gehaltenen proletarischen Opfer zu fordern. Man wird die SPD-Führer beim Wort nehmen und sie auffordern, diese Meinung auch weiterhin zu vertreten. Man wird aber die Arbeiter gleichzeitig erinnern, daß es sich um eine sehr späte Einsicht vom Wejen der Klassenjustiz handelt. Die SPD hat die Reichsgerichtsbarkeit geschaffen, SPD-Beihilger vom Typus der Heine und Konjordan sind unmittelbar schuld daran, daß „jene armen Teufel ins Gefängnis gekommen sind“, ganz abgesehen davon, daß es ohne die Rosterolle der SPD in der deutschen Revolution heute in Deutschland so wenig ein Reichsgericht gäbe wie in der Sowjetunion, sondern ein proletarisches Gericht, wie im Arbeiter- und Bauernstaat. Aber besonders die letzten Tage haben den demokratischen Schwindlern in der SPD doch das Gruseln gelehrt. Der Hindenburgaunmarsch, die Schandannette am Hindenburgtag (für den die SPD durch die Sabotage jeder gemeinsamen Aktion die volle Verantwortung trägt, wenn sie auch nachträglich die beispiellose Frechheit befiel, die Kommunisten zu verhöhnern, daß sie allein

ihn nicht verhindern konnten), haben vielen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen geöffnet. Und so kommt es, daß jetzt die Stamperleute, die sich schon vorbereitet hatten, die Führung im Diskreditierungsversuch gegen unsere Partei zu übernehmen, plötzlich gegen das Reichsgericht Stellung nehmen. Jetzt allerdings kann der Vorwärts die alte Absicht nicht ganz unterdrücken. Er schreibt, es liege allerdings eine sehr ungleiche Behandlung von Hunderten von kleinen Parteigängern der Kommunisten, die zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt sind, und den großen, durch deren gewissenlose Führung sie ins Gefängnis gekommen sind, vor. Aber er schwenkt jetzt auf die Linke der „Linken“ ein in der Klassenjustizfrage, die zum Schein gegen die Justiz Stellung nehmen um so als Anwalt ihrer Opfer eine bessere politische Plattform gegen die Revolutionäre zu erwerben.

Jedenfalls aber unterteilt diese Schwentung die Niederlage der Klassenjustiz. Die Angeklagten haben ihr etwas gespart. Der Prozess mußte vertagt werden. Herr Niedner packt seine Möbelwagen voll Anklagematerial vorläufig zusammen und zieht ab bis zur nächsten Gelegenheit. Jetzt gilt es, den Kampf gegen die Klassenjustiz zu verschärfen, einen Druck um die vollständige Niederlegung dieses und aller weiteren ähnlichen Prozesse und — dies besonders in den Tagen der Hindenburgschen Schandannette — um eine allgemeine sofortige Amnestie für alle politischen Gefangenen zu organisieren.

Beschwörung in Spanien

In Barcelona wurden 30 Personen verhaftet, die angeblich eine Aufstandsbewegung gegen den spanischen Diktator vorbereitet haben. Die ersten Meldungen der Presse bezogen natürlich, daß es sich um Kommunisten handelt.

Heute früh eingetroffene Meldungen bezogen, daß sich ein Teil der Führer der gegen die jetzige Regierung gerichteten Bewegung, unter ihnen eine Anzahl ehemaliger Minister, an einer Aufstandsbewegung gegen Primo de Rivera beteiligt haben. Auch in Spanien handelt es sich noch im wesentlichen um einen Kampf zwischen den Claqueurs der Beherrschenden.

Kriegsbeize

„Roter Imperialismus“ — Aufrüstung der Reichswehr

Schon auf der letzten Genfer Konferenz des Völkerbundes zeigten die Vertreter der kapitalistischen Großmächten, insbesondere Englands, daß sie nicht gewillt sind, sich besondere Bindungen für die Frage der Rüstungen, des Angriffs- oder Verteidigungsstranges auferlegen zu lassen. Die Imperialisten halten die Stunde des Angriffs für nahe genug herangerückt, um diese Frage schon offener zu stellen. Natürlich verheißern sie die Abfuhr des Angriffsstranges. Für ein solches Ziel sind die Waffen der Schlachtopfer nicht zu gewinnen. Dello mehr wird von den Imperialisten und ihren Soldatennichten die „rote Gefahr“, der „rote Imperialismus“ an die Wand gemalt. Während der Tagung von Genf und jetzt nach Genf bemühen sich die deutschen imperialistischen Soldatennichten, aufzuzeigen, daß Sowjetrußland zum Angriff rüht. Schon während der Genfer Tagung schrieb der ehemalige englische Luftfahrtminister Lord Thomson of Cordington einige Artikel über das Flugwesen in den einzelnen Staaten. Ueber England schrieb er sich vornehmlicher Weise aus: Dello mehr schrieb er über Sowjetrußland. Hier erklärte er, daß die Sowjetunion neben dem amtlichen Flugzeugwesen eine Volksbewegung für die Luftströmungen entfacht habe. In der Ukraine allein beständen 1662 Studienstellen für das Flugwesen. Die Wolge Eblm besitze 19 Aeroklubs, 1200 Bibliotheken mit wertvollen Werken über das Flugwesen, und viele Organisationen umfasse 2 Millionen Mitglieder. Die Kriegsflotte besitze zur Zeit 1500 Flugzeuge, zu denen noch 200 Flugzeuge der Luftflottenreserve kommen. In der geltrigen Abendausgabe der Dresdner Nachrichten werden diese Zahlen in einem Artikel über „Rußlands Rüstungen“ von Graf C. v. Zedtwitz wiederholt. In diesem Artikel wird Bezug genommen auf die Mandow, die augenblicklich in der Sowjetunion durchgeführt werden. Es wird festgestellt, daß an den Mandowern im Penzanzder Korpsbezirk 700 000 Mann teilnehmen. Daß die Moskauer Machtgeber nichts unversucht lassen, die künstliche Kriegsbeize mit allen Mitteln zu schüren. Weiter erklärt der Artikelsschreiber, daß jetzt dauernd 302 000 Mann unter Waffen stehen, daß aber weitere 450 000 Mann durch Hilfsorganisationen ausgebildet werden. Der Artikel schließt mit dem Satz: „So findet das Kriegsgeheimnis, das in den letzten Monaten das ganze russische Reich erfüllte, nun seine Ruhmnamendung in einem Experiment, dessen Anlage und Durchführung deutlicher als alles andere zeigt, wie ernst man in Moskau die „englische Gefahr“ ansieht.“

Man behauptet in diesem Artikel natürlich, daß der Abbruch der Beziehungen Englands zu Rußland gar keine Bedeutung habe. England denke nicht an Krieg. Die Bemerkung über die englische Gefahr setzt man in Anführungszeichen, will damit also erklären, daß diese englische Gefahr nicht bestehe. Fehlt diese Gefahr aber nicht, nun, dann bleibt nur der eine Schluß, Rußland rüstet zum Krieg. England muß auf der Hut sein. Dann, und das ist der Zweck, muß es nach seiner Verhängung mit Stresemann in Genf dem neudeutschen Imperialismus die Aufrüstung gestatten.

Den gleichen Zweck, die Sowjetunion der Kriegstreiber zu beschuldigen, England harzuzumachen, daß man Deutschland nicht wehrlos machen dürfe, verfolgt wohl ein Artikel, der ebenfalls gestern abend im Volksstaat, dem Organ der KPD, erschien. Bis vor einiger Zeit wendete sich der Volksstaat noch gegen die Weltpolitik des deutschen Imperialismus. Er schrieb noch davon, daß die deutschen Truppen als Kolonialbesitzer Englands benutzt werden sollten. Schon vor einigen Monaten konnten wir aber feststellen, daß der Volksstaat in dieser Beziehung eine Schwentung vollzogen habe. Im geltrigen Leitartikel verteidigt der Volksstaat die Tannenbergrede und stellt sich fest hinter die Politik Stresemanns. Das Wesentlichste ist, er beginnt Frankreich und Rußland gegen England auszuspielen und malt die Gefahr des roten Imperialismus an die Wand. Der Volksstaat berichtet über das Angebot Rußlands an Frankreich, diesem 60 Millionen Goldfranken pro Jahr zurückzuzahlen, wenn Rußland für 100 Millionen Mark Warenkredite erhält. Frankreichs Industrie werde sich bei einem solchen Abschlag beleben. Ein Risiko gehe Frankreich nicht ein, da die 60 Millionen den Selbstkostenpreis immerhin decken. Mit der offensichtlichen Wendung an England erklärt der Volksstaat:

„Es ist also immerhin möglich, daß auf solcher Basis ein Ausgleich zwischen Rußland und Frankreich zustande kommt und damit zugleich intimere Handelsbeziehungen einsehen. Dagegen ist England empfindlich. Ist es um so mehr, als verläutet, daß Frankreich noch eine weitere Bedingung an Rußland gestellt hat — nämlich die Wertenennung der russisch-polnischen Grenze und damit die Stabilisierung Polens. Für Polen aber hat England nicht allzuviel übrig, es soll ihm sogar ziemlich gleichgültig sein, ob Polen auf der Landkarte erhalten bleibt oder ob es verschwindet. England kann es nicht gern sehen, wenn Rußlands Ausdehnungsbedürfnis im Westen

durch festwilligen Entschluß abgebrochen wird, weil dann mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Rußland am so entscheidend sein imperialistisches Streben nicht, also gegen Wien und damit gegen Englands indische und chinesische, persische und japanische Interessen sich auswirken läßt. Vielleicht darf man darauf hinweisen, daß die russische Revolution auch für Deutschland kein Geringeres sein würde, und daß wir darum wirklich keine Ursache haben, die Annäherung zwischen Paris und Moskau sorglos zu beobachten.

Dann fügt der Volksstaat hinzu, daß Frankreich auch in militärischer Beziehung auf Rußland baue. Es folgen dann die gleichen Zahlenangaben, wie in den Nachrichten, und daran folgende Schlussfolgerung:

Rußland ist bestrebt, den allgemeinen Massenbesitz der kommunistischen Massen zu erhalten und zu fördern; darüber hinaus aber ist es alles, was irgend getan werden kann, um den Elan in diesen bemittelten Massen zu erhitzen. Für die psychologische Wirkung ist kaum etwas kennzeichnender, als das Gelächter des Rotarmisten, und es verlohnt sich diesen Schwur des roten Imperialismus im Wortlaut kennenzulernen.

Dann folgt der Abrud des Schwures der Roten Kräfte. Anschließend wird noch darauf hingewiesen, daß Frankreich von einer solchen militärischen Renaissance, wenn möglich, profitieren könnte.

Diese jetzt erscheinenden Artikel muß man betrachten unter dem Gesichtspunkte des Verlaufs der Genfer Verhandlungen. Dort führte Frankreich seinen Vorstoß um die Vorherrschaft im Europablock. Dort unterstützte Frankreich die Garantieforderung für die politische Grenze. Chamberlain kämpfte dagegen. Dagegen kämpfte Stresemann. Die deutschen Imperialisten nahmen enge Fühlung mit den englischen Imperialisten. Damit ist der Sinn der Artikel ganz klar. Man will dem deutschen Arbeiter klarmachen, die Sowjetunion treibe zum Kriege. Man paßt die Barerlandverteidigungsschwärze. Gleichzeitig bereitet man die November-Dezember-Tagung des Völkerbundes vor, um dort die starke Unterstützung Englands zur Aufrüstungsforderung zu erhalten.

Für die deutsche Arbeiterschaft ist dabei noch interessant die Stellung der SPD. Mit ihrem Schwund über den russisch-italienischen Vertrag gegen die Türkei, der dazu geschrieben wurde, die Türkei an die Seite Englands zu binden, gleichzeitig aber auch um den Arbeitern zu sagen, Rußland bereitet den Krieg um den Bosphorus, um einen eisernen Hafen vor, betriebe die SPD die gleiche Politik.

In einer Versammlung in Kamenz in der vorigen Woche sprach der SPD-Stadtvorordnete Nischlich das sehr deutlich aus. Er erklärte, Sowjetrußland betriebe die Politik des Jares, einen jetzt roten Imperialismus. Die „Kl.-größe“ enthielte die Stellung der SPD.

Die Front steht wie 1914. Die Arbeiter müssen den Kampf für die Verhinderung des imperialistischen Krieges, für die Verteidigung des Vaterlandes aller Arbeitenden, für die Sowjetunion verstärken.

Das ist die richtige Antwort auf die Manöver der deutschen Imperialisten und ihrer sozialfaschistischen oder sozialdemokratischen Agenten.

Zu dem Schiedsbruch gegen die Berliner Straßenbahner

Die Note Rahne schreibt zur Abwägung des Berliner Straßenbahnerkampfes: „Die Arbeiter haben wohl noch das Recht, sich für höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit zu interessieren, auch Forderungen zu stellen, aber sie sollen nicht mehr das Recht haben, ihre Forderungen durch Kampf durchzusetzen. Jedes Mal, wenn sie unmittelbar vor einer Arbeitsniederlegung stehen und von dem Streikrecht Gebrauch machen wollen, tritt der Schlichter auf den Plan. Oft ist er ein Sozialdemokrat und fällt einen Schiedspruch, der für verbindlich erklärt wird, wenn es im Interesse der Unternehmer liegt. Auf eine solche Weise soll der Schein eines tatsächlich nicht mehr bestehenden Rechtes erhalten werden. Wenn mit dieser Praxis nicht grundsätzlich gebrochen wird, werden in den künftigen Bewegungen, wo ein Streik den Arbeitern Erfolg verheißt, die Arbeiter auf gleiche Weise um das Streikrecht betrogen werden.“

Ein neuer Börsenkrach

Erhöhung des Reichsbankdiskonts von 6 auf 7 Prozent — Vor einer neuen Feuerungswelle und Wirtschaftskrise

In der gestrigen Zentralausführung der Reichsbank wurde nach längerer Begründung durch den Reichsbankpräsidenten Schacht beschlossen, den Bankdiskont von 6 auf 7 Prozent und den Lombardzinsfuß von 7 auf 8 Prozent zu erhöhen.

Die von der Reichsbank vorgenommene Erhöhung des Diskontsatzes rief auf der Börse, an der sich in der letzten Zeit eine starke Haussebewegung in Spezialwerten und namentlich in Elektropapieren entwickelt hatte, ungeheure Bestürzung hervor. Die Spekulation, die in den letzten Tagen besonders stark gewesen war, ging sofort zu größeren Veräuferten über. Die Kursverluste für einzelne Papiere betragen 20 und mehr Prozent. Die Ursache zu der beträchtlichen Verteuerung der Zinssätze, die praktisch eine Kreditkürzung durch Kreditverteuerung bedeutet, liegt in der besonders in der letzten Zeit zutage getretenen Inanspruchnahme der Reichsbank. So hatte das Wechselportefeuille der Reichsbank annähernd drei Milliarden erreicht. Der Notenumlauf ist demzufolge in der letzten Septemberrunde um 836 Mill. auf 4182 Mill. der Umlauf an Rentenscheinen um 49 Mill. auf 989 Mill. gestiegen, so daß einschließlich der Privatbanknoten und Scheidemünzen der Zahlungsmittelumlauf am Ende des vergangenen Monats die bisher nicht erreichte Ziffer von rund 6,15 Milliarden Markt betrug. Die Deckungsziffern der Noten durch Gold- und deckungsfähige Devisen ist auf 48 Prozent zurückgegangen. Die Notenerlöse der Reichsbank beträgt nach den Darlegungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nur noch 832 Mill. RM. Wie sich die Diskonterhöhung, die zunächst eine starke Verstärkung des Geldmarktes zur Folge hat, auswirken wird, läßt sich zur Zeit noch nicht in vollem Umfange sagen. Es ist anzunehmen, daß mit der Verteuerung der Kredite ein Druck auf die Industrie nach der Richtung hin beachtlich ist, zur Beschaffung von Geldern in größerem Umfange, Zwangsverkäufe zur Verminderung der großen Warenlager zu erzwingen, um damit zu gleich eine Stärkung der Außenhandelsbilanz zu erreichen. Die Folgen, die sich aus dieser Maßnahme der Reichsbank für die breiten Schichten der Bevölkerung ergeben, sind von weittragender Bedeutung. In der Vossischen Zeitung von heute morgen nahmen eine Reihe führender Persönlichkeiten aus Industrie, Handel und Großfinanz das Wort zu der Drohung der Reichsbankkredite, und erklärten, daß diese Maßnahme die Gefahr einer Absähtigung, und, damit, ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit in greifbare Nähe rücken werde. Zunächst werde die Erntefinanzierung in Gefahr gebracht und durch überhöhte Verkäufe die Kaufkraft der Landwirtschaft geschwächt werden. Im Zusammenhang mit der Fortsetzung und der materiellen Wirkung der Diskonterhöhung werde der Einzelhandel Preisaufläufe vorzunehmen, die über die durch die Diskonterhöhung bedingte Mehrbelastung

hinausgehen werde. Nach dieser von den Finanzgewaltigen angelegten Perspektive ist also nicht nur mit einer weiteren gewaltigen Steigerung der Lebenshaltungskosten für die arbeitende Bevölkerung, sondern auch mit dem Beginn einer neuen Krise und all ihren Folgen zu rechnen. Die Maßnahme der Reichsbank ist als der Auftakt zum Absinken der Inlandskonjunktur zu bewerten, mit der zugleich die außerordentlich lapidare Lage der deutschen Wirtschaft klar erkennbar ist. Für die Arbeiterschaft, die, wie die Lohnbewegungen in allen Industrien zeigen, schon jetzt nicht in der Lage ist, mit den Hungerlöhnen auszukommen, erweitert daher die Notwendigkeit durch Steigerung ihres Reallohns, diesen neuen Anschlag auf ihre Lebenshaltung abzuwehren und mit allen Mitteln eine entsprechende Erhöhung ihrer Löhne durchzusetzen.



„Gewichtige Klassenjustiz“

14 Jentner Äten hat die Klassenjustiz in Leipzig zusammengehoppelt, um der kommunistischen Partei den Vorschlag zu machen. Die Antikriegsbaut zeigt eine gähnende Leere.

Rußland in Mexiko

Berlin, 5. Oktober 1927.

In Mexiko brach ein neuer Aufstand aus. Zwischen den russländischen und drei Regimenter Regierungstruppen kam es zu erbitterten Kämpfen. Über die Stadt Mexiko wurde der Belagerungszustand verhängt. Starke Truppenabteilungen bewachen die Straßen der Stadt. Die russländischen hatten ihr Hauptquartier in Vera Cruz. Starke Truppenabteilungen sind nach dort hin abgegangen.

Am dem Kampf beteiligte sich ein Flugzeugschwader, welches Bomben auf die Stellung der russländischen abwarf.

Die Meldungen über die Lage in Mexiko gehen noch sehr auseinander. Die Regierung meldet, daß sie schon Herr der Lage sei. Die Stadt Mexiko sei vollständig ruhig. Es finden aber noch starke Truppenbewegungen statt. Der Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen ist völlig eingestellt. Die revolutionäre Bewegung wird von den Generälen Gomez und Serrano geführt. Einige Meldungen besagen schon, diese beiden Generäle seien verhaftet und erschossen. Genaue Meldungen aber fehlen noch.

Torreon von den Regierungstruppen genommen

Reuork, 4. Oktober. (Telunion.)

Nach den letzten Meldungen aus Mexiko ziehen die Revolutionäre bei Vera Cruz starke Streitkräfte zusammen. Ein Aufstand in Torreon wurde nach dreitägigem Kampf von den Regierungstruppen niedergeschlagen. Zahlreiche Rebellen wurden gefangen genommen. Wie weiter gemeldet wird, haben starke Abteilungen der Panqui-Indianer von den Vereinigten Staaten aus die mexikanische Grenze überschritten. Ueber das Schicksal des Generals Serrano ist noch nichts Genaues bekannt geworden, nach einer Meldung soll er gefangen, nach einer anderen erschossen worden sein. Aus Tampico eingetroffene Berichte melden, daß sich die dortigen Regierungstruppen in schwieriger Lage befinden. Sie sollen angeblich in einem Barackenlager eingeschlossen sein und auf Erlass warten. Die mexikanische



Genosse Marth

Regierung, die die Generale Gomez und Serrano für die Unruhebewegung verantwortlich macht, ist sich einig, die Revolte mit aller Kraft zu bekämpfen.

Es riecht nach Petroleum

Um den Präsidentenposten
Treibereien des amerikanischen Imperialismus

Mexiko, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die neue Aufstandswelle in Mexiko steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den im nächsten Jahre bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Die Generale Gomez und Serrano deren Kandidatur von Amerika unterstützt wird, sind bei ihrem Aufstandsversuch die verstärkte materielle und finanzielle Unterstützung seitens des nordamerikanischen Imperialismus. Schon die Ernennung Roosevelt zum Gesandten der USA in Mexiko kündigt verstärkte Aktivität des amerikanischen Imperialismus in Mexiko an.

Der Militärputsch ist keine Bewegung der werktätigen Massen und der kleinen Farmer. Diese werden viel eher gegen den Aufstand sein. Die amerikanischen Petroleummagnaten, sehr wahrscheinlich unterstützt von der katholischen Kirche, dürfen als die Treiber zu diesem Aufstand zu betrachten sein.

Frankreich treibt zum Bruch

Abberufung Katsowkis?

Berlin, 4. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Ein Korrespondent der Täglichen Rundschau meldet aus Paris: „Die Abreise des Sowjetbotschafters Katsowki steht nicht bevor. Diejenigen Pariser Blätter, die den unerbittlichen Feldzug gegen den Bolschewist geföhrt haben, frohlocken und sagen den Bruch Frankreichs mit Sowjetrußland als unvermeidliche Folge voraus. Es wird aber auch in der Vintopresse geteilt, und in der Humanität wird sogar befürchtet, daß die Katsowki die erste Etappe zu einem Kriege zwischen Sowjetrußland darstelle.“

Paris, 4. Oktober. (Eig. Draht)

Die französische Presse nimmt ausführlich zu der französischen Regierung in Moskau Stellung. Die französische Presse, die vor den Folgen ein warnen, mehrten sich und man erkennt im nicht nur um die Abberufung Katsowkis geht Poincaré-Regierung den Bruch mit Sowjetrußland herbeiführen will. So schreibt zum Beispiel: „ob Katsowki Bolschewist ist, oder ein anderer, das Ziel des Feldzuges ist der Bruch. Die Methode vernünftige Verständigung vor, Umständen den Interessen Frankreichs besser Paris Soir, Populaire und einigen anderen. Es darauf hingewiesen, daß die Presse, die gegen Katsowki steht, sich seinem Nachfolger das Vertrauen entgegenbringen wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die Politik Poincarés sehr ernste Folgen haben und eine Gefahr für den Frieden Europas bedeute.“ — Die Welt Journal berichtet, wird in Regierungskreisen als Nachfolger Katsowkis unter anderem der Führer der russischen Handelsdelegation, Piatafom, genannt.

Parteitag der englischen Arbeiterpartei

Terror gegen die Opposition

London, 4. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

In Blackpool wurde der Parteitag der englischen Arbeiterpartei gestern eröffnet. An dem Kongreß nahmen circa 1000 Delegierte teil. Im Bericht des Parteivorstandes werden 332.317 Mitglieder angegeben. Der Parteivorstand teilte mit, daß neun Ortsgruppen der Arbeiterpartei, die sich weigerten, nach den Beschlüssen von Liverpool alle Kommunisten auszuschließen, aus der Partei korporativ ausgeschlossen wurden. Es kommt aber trotzdem nicht verhindert werden, daß auch diesmal wieder Kommunisten und Kadivale auf dem Kongreß der Arbeiterpartei vertreten sind.

Die Opposition tritt mit einem klaren, politischen Programm auf. Ihre Hauptforderung ist: Kampf gegen die Kapitaloffensive und gegen die Kriegsgefahr. Weitere Forderungen sind: Kampf gegen die Spaltungs- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der offiziellen Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften, für die Verstellung der internationalen und gewerkschaftlichen, für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland, für die Verteidigung der Sowjetunion. Gegen die englischen Imperialisten und Kriegstreiber.

Prostitution!

Das am 1. Oktober d. J. in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat das Problem der Prostitution wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Die neueste Nummer der AZ gibt einen glänzenden Überblick über diese Nachseite des Lebens. Originalaufnahmen aus dem Roten Prostitutionen-Gebiet, ein interessanter Anschlag der deutschen Sittenpolizei in einem Londoner Bordell und zahlreiche andere Bilder aus dem Berliner Institut für sexuelle Wissenschaft ergänzen den Artikel.

Unter der heuchlerischen Redensart „Den Geheilten zum Gedächtnis“ haben in der letzten Zeit viele nationalistische Nationalistische Statues gefunden. Die AZ schildert in verschiedenen Bildern die Parade der amerikanischen Legion in Paris und die wichtigen Gegenstände zum Gedächtnis Sarcos und Panzette; über den Tannenbaum-Kummel berichtet die AZ ebenfalls ausführlich. Die Mittelseiten der AZ bringen zahlreiche Bilder über die Stahlindustrie und ihre Herren, die besonders wirkungsvoll sind.

Ein interessantes Gegenstück zu Hindenburgs 80. Geburtstag ist die Geburtstagsfeier eines alten Weieraners in Mannheim, über dessen Leben die AZ ausführlich Bericht erstattet.

Interessant ist auch der Ausflug über Lausanne Haus in Moskau, lustig sind die Kindererinnerungen „Der schöne Schilweg“. Der neueste russische Film „Peti und Sosa“ wird in der AZ ebenso in Bild und Wort dargestellt, wie eine große internationale Sportveranstaltung, die alle Arbeiterportier lebhaft interessieren dürfte.

Bilder aus der Arbeiterwelt, Schach, Rätsel, und Satire-Gedichte und die Fortsetzung des spannenden Romans „Das Geheimnis der inkasteten Stühlen“ ist in der Nummer enthalten. Der Anfang des Romans wird den neuhinzutretenden Abonnenten gegen Entlohnung von 20 Pf. für Forts nachgeliefert.

Die Nummer ist wieder zum Preise von 20 Pf. bei allen Kiosken und Straßenhändlern zu haben.

Landtag und Hochwasserkatastrophe

Die zweite Verhandlung über die osterzgebirgische Unwetterkatastrophe

Das Interesse des Landtages an der heutigen Sitzung ist nicht sehr groß. Der größte Teil von Abgeordneten hält sich außerhalb des Saales auf.

Die Beratungen des Ausschusses und die heutige Sitzung haben gezeigt, daß man eine intensivere Tätigkeit nicht entfalten will.

Der Mitberichterstattet von der Aufwertungspartei verteidigt die Regierung. Die Anträge auf Besserung der Verhältnisse bezeichnet dieser Volksrechtswortführer als ungenügend.

Scharf geteilt der Genosse Siegel die unzulänglichen Maßnahmen der Regierung, während Schwarz scharfe Töne über die unzulänglichen Maßnahmen redet.

Sitzungsbericht

Dresden, 4. Oktober 1927.

Um ein Uhr beginnt die Sitzung des Landtages über die zweite Beratung der Vorlagen und Anträge zur Hochwasserkatastrophe im Osterzgebirge.

Die Einlegung eines Ausschusses zur Ueberwachung der Entschädigungsregelung, des Wiederaufbaues.

Dazu steht noch der Antrag auf die Forderung von 10 Millionen RM von der Reichsregierung, auf die Errichtung von Talsperren.

Den Bericht aus dem Ausschuss B gibt der Abg. Geisler. Aus seinem Berichte geht hervor, daß die Mehrheit des Landtages die Forderungen der Geschädigten ablehnt.

Abg. Berg von den Deutschnationalen glaubte die Anträge, die im Interesse der Geschädigten gestellt worden sind, damit ablehnen zu sollen.

Genosse Siegel kritisiert sehr stark die bisherigen unzulänglichen Maßnahmen der Regierung.

Die Arbeiter und kleinen Handwerker haben aber bisher noch nichts erhalten.

Die KPD verlangt die Einlegung eines Ueberwachungsausschusses aus den Reihen der Mitglieder des Landtages zur Ueberwachung der Maßnahmen der Regierung, der Schätzungen der Schädigungskommissionen.

Genosse Siegel verlangt bestimmte Zulagen an die Einwohner der Hochwassergebiete, daß Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Der Bau von Talsperren muß eingeleitet werden.

Der Ministerpräsident hat im Ausschuss den Standpunkt der Reichsbahnverwaltung vertreten.

Wir verlangen die 100prozentige Entschädigung der Arbeiter, Angestellten, kleinen Handwerker und Bauern.

Man soll bei der Ausschüttung an die Betroffenen sparen. Die werden immer in der Lage sein, den Verlust wieder herauszuholen.

Es sprechen dann noch eine Anzahl Abgeordnete zu der Angelegenheit.

In der Abstimmung werden die meisten Anträge abgelehnt.

Der „Retter“

Hindenburgs Rolle in der Novemberrevolution.

Der August Wänig, ehemaliger Vorsitzender des Bauernbundes, Redakteur des Grundrechts, Oberpräsident von Ostpreußen, Organist der Volkshörchen, nach seinem Ausscheiden aus der SPD Agitatör für den Jungdeutschen Orden.

Nach einem trübseligen Ramento, wie schwer es Hindenburg fiel, sich der Revolution bei der Truppe zu stellen.

„Er (Hindenburg) ist ein Korbkessel.“

„Völlig überdrüssig damals bestimmte Vor schläge und Forderungen der Obersten Heeresleitung, die sich auf die Ueberwindung der Anarchie in einigen Gebieten, besonders in Berlin, bezogen.“

Der Feldmarschall bewährte sich auch in jenen Tagen als der Vater des Vaterlandes.



Immer noch Hindenburg-Kummel

Am 3. Oktober defilierten die Stappenhüllen aus ganz Deutschland vor dem geschlagenen Generalen des Weltkrieges.

die Wasserleitungsanlagen (Schnelligkeit frostfester anzulegen); die Reichsbahn um den Bau einer Komaspurbahn zu ersuchen.

Die Berichte der Regierung werden dann gegen die Stimmen der KPD-Fraktion zu 11 m e n d zu Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung des Landtages wird auf den 1. November angelegt. Genosse Bötker brandmarkt diese Vertagung.

Kun, ein jeder kann sich wohl diese Worte in ein klareres, unmissverständliches Deutsch überziehen.

Die Sorgen der Herren Völkch und Wänig, die nicht ohne Soldaten abgetan werden könnten, das waren Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Juchacz, das waren die Anhänger des Spartakusbundes.

„Aber Hindenburg war immer klug genug, nicht in den Vordergrund zu treten.“

Der deutliche Dyanflug

Start von der Insel Nordbornen

Nordbornen, 4. Oktober. Das Flugzeug D 1230 hat um 16.46 Uhr nach einem Start von etwa 200 Metern den Flug nach den Azoren in westlicher Richtung angetreten.

Das Dyanflugzeug in Amsterdam

Amsterdam, 5. Oktober. (Telunion.) Das Junkerswasserflugzeug, das heute mittag überraschenderweise aus Nordbornen ankam, liegt auf dem Wasser im Marinestützpunkt Amsterdam.

Der Start zum Dyanflug

Nordbornen, 4. Oktober. (Telunion.) Seit der gestern abend hier erfolgten Landung des Junkersflugzeuges D 1230 herrschte allgemeine Spannung wegen des Startes.

Arbeitsgemeinschaft der preussischen und bairischen Katholiken

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Bayer. Volkspartei in Berlin haben zu einer grundsätzlichen Einigung nach Vorschlag des Reichstanzlers Marx über die Gründung einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft im Reichstag zwecks besserer Ausnützung und Bezeichnung der Ausschüsse geführt.

Verammlungskalender

Kommunistische Partei
Mittwoch den 5. Oktober:
 Ober- und Niederriederborn, 20 Uhr Sitzung der Arbeitge-
 meinschaft bei Kauer.
Donnerstag den 6. Oktober:
Wichtige Sitzung der Organisationskommission mit Abteilungsleitern und
Organisationsvertretern im Parteibureau, 19.30 Uhr, Ta-
gesordnung: Festlegung des Arbeitsplans für November.
Stadteil 2, Zelle 1. Versammlung in Stadt Frauen, 19.30 Uhr.
Hohthal-Döltschen, 19.30 Uhr Zellenversammlung in Brauns
Gasthof, Döltschen.
Offen, 20 Uhr Öffentliche Versammlung im Gasthof Stadt
Dresden.
Jung-Spartakus-Bund
Donnerstag den 6. Oktober:
 Dresden-Leuben, 17 Uhr Zusammenkunft im Gasthof Leuben.
 Briefe und Papier mitbringen.

Kommunistischer Jugendverband
Freitag den 7. Oktober:
 im Restaurant Fenschelder, Raulbachstraße
Verbandsarbeiter-Konferenz
 für Groß-Dresden. Referent: Oberlehrer Schrapel. Alle
 Gruppen haben ihre Delegierten zu entsenden. 19 Uhr.
Roter Frontkämpferbund
Mittwoch den 5. Oktober:
Untergau Ebersbach-Neugersdorf, 20 Uhr außerordentliche Unter-
tagungskonferenz. Die Ortsgruppen haben ihre Funktionäre
reiflos zu entsenden.
Freitag den 7. Oktober:
Kapelle Freital. Die Kapelle Freital hat im Gasthof Dobrin
zum Unterhaltungsabend zu spielen. Pflichtdienst. Jahr-
geld wird vergütet.
Kapelle Bannemitz. Das Spielen zum Unterhaltungsabend in
Dobrin hat sich für die Kapelle Bannemitz erledigt.
Ortsgruppe Meißen. Halbjahrs-Mitgliederversammlung im
Restaurant Alt-Jähre, 18.30 Uhr Stellen am Albrechtshof,
Abmarsch Punkt 19 Uhr.

Note Jungfront
Mittwoch den 5. Oktober:
Abteilung 2. Wichtige Funktionärssitzung im Abteilungs-
alle Funktionäre haben unbedingt zu erscheinen. Kassen
alle Kontrollbogen mitbringen.
Roter Frauen- und Mädchenbund
Mittwoch den 5. Oktober:
Ortsgruppe Freital, 19.30 Uhr wichtige Mitgliederversammlung
im Kinderheim der F.F. Erhalten eines jeden Mitglieds
des ist Pflicht.
Verband für Freudentum und Revue
Sonabend den 8. Oktober:
Ortsgruppe Bismarckwerda. Wanderversammlung nach
Palast in Taubmanns Restaurant (Erdgericht) über
über das Thema: „Seine Majestät der Teufel.“
19.30 Uhr am Herzmanssitz. Jahrgesellschaft mit
Bahn 20.6 Uhr.
Ortsgruppe Kottwitz, 20 Uhr im Erdgericht zu
öffentliche Versammlung. Reichshulgeleh und Konform
Referent: Oberlehrer Helmke, Dresden. Arbeitsschritte
erfolgt zahlreich.

Ämtliche Bekanntmachungen

Im Namen des Volkes!
 In der Strafsache gegen den Schriftleiter Richard Willy
 Schneider in Freital, Sachtrage 1b, wegen Beleidigung und
 Pressevergehens hat das Gemeinsame Schöffengericht zu Dresden
 am 18. August 1927 für Recht erkannt:
 Der Angeklagte Richard Willy Schneider wird wegen
 Beleidigung und Pressevergehens in zwei
 Fällen zu
 eintausend Mark Geldstrafe
 oder, falls diese nicht beigetrieben werden kann, zu ein-
 hundert Tagen ...

Seidenau
 Die gesamten Geschäftsräume des Rathauses bleiben am
 Montag, dem 10. und Dienstag, dem 11. Oktober 1927,
 und die des Arbeitsnachweises Seidenau am
 Montag, dem 10. Oktober 1927
 wegen Reinigung geschlossen.

An beiden Tagen werden von 11-12 Uhr im Stande
 nur Anmeldungen etwaiger Sterbefälle entgegenge-
 nommen und im Einwohnermeldeamt nur dringende
 Angelegenheiten erledigt. Im Arbeitsnachweis wird am
 genannten Tage von 8-11 Uhr die Erwerbslosenkontrolle durch-
 geführt.

Die Stadtbank - Spar- und Girokasse - bleibt am
 genannten Montag von 8 bis 12 Uhr und am genannten Dienst-
 tag von 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Seidenau, den 3. Oktober 1927.

Der Stadtrat.

Ottendorf-Strilla

Die Lesehölzchen sind vom
 Mittwoch den 5. bis Freitag den 7. Oktober 1927
 im Rathaus - Verwaltung - gegen Bezahlung abzuholen.
 Die allen Lesehölzchen sind abzugeben.

V.-O.-Lichtspiele
 im Volkshaus Dresden-Ost
 Schandauer Str. 73, Ecke Altkönigsberg-Strasse
 Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (6. bis 8. Okt.)
„Speed“
 der König der Sensationen in seinem größten Schlager
Volldampf
 8 Akte
 Keine Tricks Alles origin. ausgeführt
Außerdem: Großes Beiprogramm
 mit neuester Emelka-Wochenschau
Vorführungen: 18.30 und 20.30 Uhr

ADOB-Ortsausflug

Betriebsräteschule!

Im kommenden Semester sind die nachstehenden Kurse vor-
 bereitet:

1. Arbeitsrecht (Lehrer: Bezirkssekretär Karl Wndt, Dresden);
2. Arbeitsgerichtsgesetz (Lehrer: Arbeitsgerichtsrat Dr. Wilhelm Lau, Pirna);
3. Bilanzwesen für Anfänger;
4. Bilanzwesen für Fortgeschrittene (Lehrer: Dr. Ebert, Dresden);
5. Volkswirtschaftslehre (Lehrer: Dr. Grobel, Dresden).

Kursbeiträge 5 RM. Derselbe kann auch in Raten gezahlt werden. - Unterrichtsbeginn Montag, den 17. Oktober, 19.30 Uhr

Kolleginnen und Kollegen, die sich an diesen Kursen beteiligen wollen, müssen sich sofort an ihre Gewerkschaft wenden oder ihre Anmeldung an das Sekretariat: Pirna, Reithausstraße 3, 1. Etod, abgeben.

Der Vorstand: Müller.

Die Peuvag druckt alles

Dresden-A. Güterbahnhofstraße

Kluge Eheleute!

Alle sanit. bed. Artl. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapp. R. Frostenhagen, Dresden-1., Postamt 12

Werbt neue Abonnenten

Wo ist das beliebteste Bier- und Speiselokal?

Immer im

Viktoria Keller
 Waisenhausstr. 26

Tägl. Künstlerkonzerte
 Mittaggebete von 90 Pf. an

GRÜNE WIESE

Die beliebten
Balltage

Donnerstags Herren 80, Damen 60,
 Sonntags
 Tanzmarken - Tanzhändchen

Bewirschatter für das Arbeiterheim Dresden-Cotta

erhielt. Zeichnungen zu entwerfen und Erlöse des
 zum 15. Oktober abzugeben beim Postamt
Ernst Fiedler, Dresden 29
 Weidenstraße 55, 3.

Dank

allen Spendern und Sammlern an-
 läßlich der Sammelwoche für die
 Kolonne Pirna.

Arbeiter-Samariter-Kolonie
 Pirna

Nur kurze Zeit noch

halten wir für unsere Mitglieder
 frische süße

Pflaumen

(Zwetschen)

zum Preise von

16 Pfennig

je Pfund in unseren Verteilungsstellen vorrätig

Konsumverein

Vorwärts

Volkshaus Dresden-Ost
 Schandauer Str. 73 / Telefon 31725

empfiehlt seine guten Speisen und Getränke



Eine gute und genussreiche Tasse Bohnenkaffee
 erzielt man aus unserem stets frischen und selbst

gerösteten

GEG-KAFFEE

Mischung Ia, Riesenbohnen . . . Pfund 4.80 RM.
 Mischung Perl-Mokka . . . Pfund 4.40 RM.
 Mischung I extra fein . . . Pfund 4.40 RM.
 Mischung II fein . . . Pfund 3.80 RM.
 Mischung III fein . . . Pfund 3.20 RM.

Konsumverein

Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder